

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

diese Woche war für mich persönlich sehr zufriedenstellend, denn ich konnte die **Mitgliedschaften meiner Ausschüsse** tauschen. Ab sofort bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union nunmehr stellvertretendes Mitglied. Als jemand, der aus der betrieblichen Praxis kommt, stelle ich mich gerne der neuen Aufgabe und Herausforderung, an der Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Bereiche mitzuwirken. Zudem bin ich Mitglied der neu konstituierten Projekt-Arbeitsgruppe der Fraktion „Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland“, die bis zum Frühjahr 2008 Vorschläge erarbeitet, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Im Plenum haben wir diese Woche die **Verlängerung der Zahldauer beim ALG I** und die sog. **58er-Regelung** in erster Lesung beraten. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man beide Vorhaben schon in dieser Woche abschließen können. Wir wären auch zu einer Sondersitzung in der nächsten Woche bereit gewesen. Das war allerdings mit der Union nicht zu machen. Die abschließende Beratung wird nun im Januar im Bundestag stattfinden. Das wird jetzt dazu führen, dass im Februar/März Bescheide zum Arbeitslosengeld I bzw. II mühsam rückabgewickelt werden



**Berlin-Brief, Ausgabe 28
14. Dezember 2007**

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/07KW50.pdf>

Aktuelle Pressemitteilungen

Juratovic: Lust wecken für ehrenamtliches Engagement (03.12.2007)

http://juratovic.de/presse_det/234

B 39-Umgehung im Fokus (04.12.2007)

http://juratovic.de/presse_det/232

Juratovic wechselt in Ausschuss für Arbeit und Soziales (12.12.2007)

http://juratovic.de/presse_det/233

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

müssen. Für diesen bürokratischen Irrsinn sind allein CDU und CSU verantwortlich. Sie reden auf Parteitagen von Entbürokratisierung, im Plenum tun sie aber das genaue Gegenteil.

In dieser Sitzungswoche schloss der Bundestag das Gesetzgebungsverfahren zur **Aufnahme der Briefdienstleister in das Arbeitnehmerentendegesetz** ab. Der Bundesrat wird die Änderung des Gesetzes am 20. Dezember beschließen. Damit sind die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der von den Tarifvertragsparteien für das Briefdienstgewerbe vereinbarte Mindestlohn ab dem 1. Januar 2008 allgemeinverbindlich für die im Tarifvertrag genannten Personengruppen gilt. Wir erreichen so, dass der Wegfall des Briefmonopols keinen Wettlauf um die niedrigsten Löhne nach sich zieht.

2007 war ein gutes Jahr für unser Land und für die Menschen: Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen und so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr, die Sozialversicherungsbeiträge sinken und in ersten Branchen haben wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Auch für Familien und Kinder haben wir 2007 viel erreicht: Es gibt seit 1.1.2007 das Elterngeld, der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr kommt ab 2013, im Unterhaltsrecht haben Kinder nun Vorrang, das BaföG steigt zum Wintersemester 2008/09 deutlich. Im Anhang habe ich eine ausführlichere Liste des Erreichten angefügt.

Ich wünsche allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen,





2007 - Ein gutes Jahr

2007 war ein gutes Jahr für Deutschland und für die Menschen. Wir Sozialdemokraten sind stolz auf die Leistung dieser Bundesregierung und auf die sozialdemokratische Handschrift, die deutlich ist:

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr

Mit 3,38 Mio. Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Novemberstand seit 15 Jahren gesunken. Insgesamt sind 1,1 Mio. Menschen weniger arbeitslos als 2005, mehr als 600.000 weniger als im letzten Jahr. Besonders erfreulich: 40,359 Mio. Menschen sind erwerbstätig. Das ist ein Rekord in der Bundesrepublik. Über 27 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das ist ein Plus von rund 580.000 innerhalb eines Jahres. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

Sinkende Sozialversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte gesunken – von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1981 nicht mehr. Für die Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto ist das eine Entlastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006, aufs Jahr gerechnet 480 Euro! Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge deutlich unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

Postmindestlohn eingeführt

Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro. Wir schützen die Arbeitnehmer damit vor Dumpinglöhnen! Der Wegfall des Briefmonopols wird damit nicht zum Wettbewerb um schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen.

Längeres Arbeitslosengeld für Ältere

Ältere Arbeitslose erhalten ab 2008 länger Arbeitslosengeld. Wir nehmen ihnen damit die Angst vor Hartz IV. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Künftig gilt: Über 50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld,

über 55-Jährige 18 Monate und über 58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Anders als von Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

Das BAföG steigt

Zum Wintersemester 2008/2009 wird das BAföG deutlich erhöht. Die Bedarfssätze steigen um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung.

Elterngeld eingeführt

Das Elterngeld, das es seit dem 1. Januar 2007 gibt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander vereinbaren lassen. Wir fördern Familien für 12 bzw. 14 Monate nach der Geburt eines Kindes. Das Elterngeld ersetzt das wegen der Geburt eines Kindes wegfallende Einkommen in Höhe von bis zu 67 Prozent. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr

Der Rechtsanspruch kommt 2013. Mit dem Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, auch in den Ausbau der Krippen und Kitas investiert werden.

Vorrang für Kinder

Ein sozialdemokratischer Erfolg ist auch die Neuregelung des Unterhaltsrechts. Die Union hat sich davon überzeugen lassen, dass das Wohl der Kinder bei Trennungen künftig an erster Stelle stehen soll. Deshalb wird minderjährigen Kindern in der Rangfolge der erste Rang

und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt. Erst danach kommen die Ansprüche der Väter und Mütter, die Kinder betreuen - und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht.

Die Wirtschaft wächst

Deutschland erlebt den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit sieben Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen. Besonders wichtig: In diesem, wie auch im kommenden Jahr, kommt der stärkste Wachstumsimpuls aus der Binnenwirtschaft. Das hat etwas mit der Besserung auf dem Arbeitsmarkt aber auch mit den richtigen Rahmenbedingungen zu tun, die wir gesetzt haben, z. B. mit dem 25-Mrd.-Euro Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Nettokreditaufnahme geht zurück

In diesem Jahr hat der Bund 14,4 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen. Für 2008 sind 11,9 Mrd. Euro geplant. Das ist so wenig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir haben damit innerhalb von zwei Jahren die Neuverschuldung mehr als halbiert. 2007 melden wir erstmals einen ausgeglichenen Staatshaushalt nach Brüssel. Die Staatsquote ist innerhalb von vier Jahren – von 2003 bis 2006 – um 3 Prozentpunkte auf 45,6 Prozent gesunken. All das ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass sich der Staat neue Handlungsspielräume erschließt und gleichzeitig die Verantwortung für künftige Generationen im Blick hat.

Neues Unternehmensteuerrecht

Zum 1. Januar 2008 bekommt Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland. Künftig wird es für Unternehmen noch attraktiver sein, in Deutschland zu investieren und hier bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das eigentliche Ziel dieser Reform.

Erbschaftsteuer gesichert – Nahe Verwandte deutlich entlastet

Die Erbschaftsteuer bleibt erhalten und wir haben durchgesetzt, dass den Ländern auch in Zukunft mind. 4 Mrd. Euro aus der Erbschaftsteuer zufließen. Für Ehegatten, Kinder und Enkel wird durch eine kräftige Anhebung der persönlichen Freibeträge in der Steuerklasse I auf 500.000 Euro für Ehegatten, 400.000 Euro für jedes Kind und 200.000 Euro für jeden Enkel sichergestellt, dass es beim Übergang des privat genutzten Wohneigentums auch künftig im Regelfall zu keiner zusätzlichen Belastung kommt. Das Erben eines normalen Einfamilienhauses bleibt damit auch weiterhin steuerfrei.

Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz

Deutschland nimmt eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz und beim Export modernster Umwelttechnologien ein. Die Große Koalition hat ein zukunftsweisendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik beschlossen. Alle CO₂ relevanten Schlüsselgebiete – von der Strom- und Wärmeproduktion bis zum Verkehr, von der Gebäudesanierung bis zur Energieeffizienz – werden mit dem Maßnahmenpaket einen neuen Schub erhalten und den Klimaschutz voranbringen. Das macht sich auch im Haushalt bemerkbar: Die Klimaschutzausgaben steigen von rund 875 Mio. Euro im Jahr 2005 auf rund 2,6 Mrd. Euro im Haushalt 2008.

Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit

Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Durch steuerrechtliche Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Stiftungstätigkeiten unterstützen wir die aktive Bürgergesellschaft. Das betrifft sowohl die Erhöhung der Übungsleiterpauschale als auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden. Durch den deutlichen Abbau von Bürokratie haben wir zudem mehr Freiräume für das bürgerschaftliche Engagement geschaffen.

Quelle: Planungsgruppe der
SPD-Bundestagsfraktion, 11.12.2007